



GZ. RV/2864-W/02

Berufungsentscheidung

Der unabhängige Finanzsenat hat über die Berufung der Bw. gegen den Bescheid des Finanzamtes für den 21. und 22. Bezirk betreffend Abweisung des Antrages auf Weitergewährung der erhöhten Familienbeihilfe ab September 2002 entschieden:

Die Berufung wird als unbegründet abgewiesen.

Der angefochtene Bescheid bleibt unverändert.

Rechtsbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist gemäß § 291 der Bundesabgabenordnung (BAO) ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig. Es steht Ihnen jedoch das Recht zu, innerhalb von sechs Wochen nach Zustellung dieser Entscheidung eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof oder den Verfassungsgerichtshof zu erheben. Die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof muss - abgesehen von den gesetzlich bestimmten Ausnahmen - von einem Rechtsanwalt unterschrieben sein. Die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof muss - abgesehen von den gesetzlich bestimmten Ausnahmen - von einem Rechtsanwalt oder einem Wirtschaftsprüfer unterschrieben sein.

Gemäß § 292 BAO steht der Amtspartei (§ 276 Abs. 7 BAO) das Recht zu, gegen diese Entscheidung innerhalb von sechs Wochen nach Zustellung (Kenntnisnahme) Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.

Entscheidungsgründe

Die Berufungswerberin (Bw.) beantragte für ihren Sohn R., geb. am 30. April 1991, die Weitergewährung der erhöhten Familienbeihilfe ab September 2001.

Das Finanzamt erließ am 23. Oktober 2001 einen abweisenden Bescheid mit der Begründung, dass laut Ärztlicher Bescheinigung (Beih 3) vom 19. September 2001 nur eine Behinderung von 35 v.H. festgestellt wurde.

Die Bw. erhob mit Schreiben vom 27. November 2001 fristgerecht Berufung. Sie führte darin aus, dass ihr Sohn sich bei der Untersuchung durch den Polizeiarzt oberflächlich gesehen bezüglich seines Asthmas in einer relativ guten Verfassung befunden habe: Das sei aber auf die Tatsache zurückzuführen gewesen, dass er regelmäßig mit cortisonhaltigen Medikamenten inhaliere und außerdem ein Antiallergikum als tägliche Dauermedikamentation einnehme.

Das Finanzamte legte die Berufung der Abgabenbehörde II. Instanz zur Entscheidung vor.

Mit Schreiben vom 16. Jänner 2002 erging seitens der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland an das Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen das Ersuchen um Erstellung einer Begutachtung im Sinne des § 8 Abs. 6 FLAG 1967.

Das Lungenfachärztliche Sachverständigengutachten vom 27. Februar 2002 lautet wie folgt:

“Asthma bronchiale III/a/286... 40 %

Wahl dieser Pos., da ein mehrjähriger schwerer Krankheitsverlauf ohne ständige oder dauernde Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens mit phasenhaft auftretender pulmonaler Funktionsstörung besteht. Oberer Rahmensatz unter Berücksichtigung der Allergieneigung, der Beschwerdefrequenz sowie mäßig bis mittelgradigen phasenhaft auftretenden Einschränkungen der respirat. Leistungsreserven.”

Das Gutachten wurde der Bw. mit Schreiben vom 18. März 2002 zur Kenntnis gebracht.

Über die Berufung wurde erwogen:

Ab dem 1. Jänner 2003 ist nunmehr gemäß § 323 Abs. 10 BAO der unabhängige Finanzsenat für die Erledigung auch dieser Berufung zuständig.

Gemäß § 8 Abs 4 FLAG 1967 erhöht sich die Familienbeihilfe für jedes erheblich behinderte Kind.

Als erheblich behindert gilt ein Kind gemäß § 8 Abs 5 FLAG 1967, bei dem eine nicht nur vorübergehende Funktionsbeeinträchtigung im körperlichen, geistigen oder psychischen Bereich oder in der Sinneswahrnehmung besteht. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von voraussichtlich mehr als drei Jahren. Der Grad der Behinderung muss mindestens 50 v.H. betragen, soweit es sich nicht um ein Kind handelt, das voraussichtlich dauernd

außerstande ist, sich selbst den Unterhalt zu verschaffen. Für die Einschätzung des Grades der Behinderung sind die Vorschriften der §§ 7 und 9 Abs 1 des Kriegsoferversorgungs-gesetzes 1957, BGBl.Nr. 152 in der jeweils geltenden Fassung und die diesbezügliche Verord-nung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 9.6.1965, BGBl.Nr. 150 in der jeweils geltenden Fassung, anzuwenden. Die erhebliche Behinderung ist spätestens nach fünf Jahren neu festzustellen, soweit nicht Art und Umfang eine Änderung ausschließen.

Die Feststellung des Behindertengrades eines Kindes, für welches erhöhte Familienbeihilfe nach § 8 Abs 4 FLAG beantragt wurde, hat nach den Bestimmungen des § 8 Abs 6 FLAG auf dem Wege der Würdigung ärztlicher Sachverständigengutachten zu erfolgen (ohne dass den Bekundungen des anspruchswerbenden Elternteiles dabei entscheidende Bedeutsamkeit zukommt).

Der Grad der Behinderung oder die voraussichtlich dauernde Unfähigkeit, sich selbst den Unterhalt zu verschaffen, ist gemäß Abs. 6 leg. cit. in der bis 31. Dezember 2002 gültigen Fassung durch eine Bescheinigung eines inländischen Amtsarztes, einer inländischen Univer-sitätsklinik, einer Fachabteilung einer inländischen Krankenanstalt oder eines mobilen Beratungsdienstes der Bundesämter für Soziales und Behindertenwesen nachzuweisen. Kann auf Grund dieser Bescheinigung die erhöhte Familienbeihilfe nicht gewährt werden, hat das Finanzamt einen Bescheid zu erlassen. Zur Entscheidung über eine Berufung gegen diesen Bescheid hatte die Finanzlandesdirektion ein Gutachten des nach dem Wohnsitz des Berufungswerbers zuständigen Bundesamtes für Soziales und Behindertenwesen einzuholen.

Die Abgabenbehörde hat unter sorgfältiger Berücksichtigung der Ergebnisse des Abgaben-verfahrens nach freier Überzeugung zu beurteilen, ob eine Tatsache als erwiesen anzu-nehmen ist oder nicht (§ 167 Abs 2 BAO). Nach der ständigen Rechtsprechung des VwGH (vgl. z.B. Erk. vom 24.3.1994, 92/16/0142) ist von mehreren Möglichkeiten jene als erwiesen anzunehmen, die gegenüber allen anderen Möglichkeiten eine überragende Wahrscheinlich-keit für sich hat und alle anderen Möglichkeiten ausschließt oder zumindest weniger wahr-scheinlich erscheinen lässt.

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Gutachten kann im Rahmen der freien Beweis-würdigung angenommen werden, dass die Einstufung des Grades der Behinderung mit **40 v.H.** laut Sachverständigengutachten des Bundesamtes für Soziales und Behinderten-wesen mit größter Wahrscheinlichkeit den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht.

Es sind somit die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug der erhöhten Familienbeihilfe nicht gegeben.

Es war daher wie im Spruch zu entscheiden.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass bei einer Behinderung des Kindes von mindestens 25 % unter den in der Verordnung des Bundesministers für Finanzen über außergewöhnliche Belastungen, BGBl 1996/303, angeführten Voraussetzungen die Möglichkeit besteht, die tatsächlichen für das Kind geleisteten Mehraufwendungen im Rahmen der Arbeitnehmer- bzw. Einkommensteuerveranlagung als außergewöhnliche Belastung ohne Abzug eines Selbstbehaltes zu berücksichtigen.

Wien, 11. März 2004